

daß die Reichsregierung vor dem 1. April 1929 prüfen soll, ob und inwieweit ein Fortbestehen der Entschuldungssteuer über diesen Zeitpunkt hinaus erforderlich ist.

Ueber den Ausgleich von Härten sollen die Durchführungsbestimmungen die erforderlichen Vorschriften bringen, jedoch wird mit dem in einigen Ländern durchgeführten Grundlag gebrochen, daß in der Person des Mieters begründete Umstände Erlaß oder Ermäßigung bedingen können. Hierdurch bekommt die Steuer noch stärker den Charakter einer Objektsteuer des Hausbesitzes.

Die kurz gekennzeichnete Struktur des Gesetzes zeigt, daß es zweifellos manche Vorteile gegenüber der jetzigen Hauszinssteuer aufweist, daß es aber eine zunächst mit 1 1/2 Milliarden sich auswirkende Belastung des städtischen Hausbesitzes bringt. Wenn man glaubte, dem Hausbesitz eine solche Belastung neben den übrigen ihn treffenden Steuern zumuten zu können, so hätte es eines so komplizierten Gebäudes nicht bedurft, dann hätte man es einfacher gehabt, wenn man für städtischen und ländlichen Grundbesitz eine Sondersteuer vom tatsächlichen Mietertrag oder bei Selbstbenutzung vom geschätzten Mietbetrag erhoben hätte. Das Schicksal des Gesetzes läßt sich zur Zeit auch nicht im entferntesten übersehen, wohl aber läßt sich das eine sagen, daß mit der Annahme des Gesetzes eine sozial und wirtschaftlich gerechte Ordnung der Realbesteuerung des Hausbesitzes nicht erreicht sein würde. Der letzte Entscheidungskampf wird beim endgültigen Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden zu führen sein, dessen endliche Durchführung ein Lebensgebot sowohl für die drei Körperschaften des öffentlichen Gemeinschaftslebens, wie für die deutsche Wirtschaft ist. Auch der Hausbesitz wird sich gegen eine angemessene Heranziehung zu den Steuerlasten nicht wehren können, aber er wird mit Recht ein sozial gerechtes, wirtschaftlich erträgliches und ausgeglichenes Realsteuersystem verlangen.

### „Auf dem Weg zum Abgrund.“

Närrt Michnowskis Aphorismen.

Der frühere Vorkämpfer in London, Närrt Michnowski, veröffentlicht unter dem Titel „Auf dem Wege zum Abgrund“ seine Erinnerungen, sowie vor allem die Berichte, die er als deutscher Vorkämpfer in London nach Berlin berichtet hat. Dem ersten Band, der in nächster Zeit von dem Verleger Carl Reißner in Dresden herausgegeben wird, entnehmen wir einige politische Aphorismen, die er kurz nach dem Zusammenbruch 1918 verfaßt hat:

Ein Staatswesen, das der Militarismus beherrscht, ist nicht nur für seine Nachbarn, sondern auch für das eigene Volk eine Gefahr. Die militärischen Gesichtspunkte verdrängen allmählich alle anderen.

Unsere auswärtige Politik wurde abwechselnd von pathologischen und von ökonomischen Köpfen geleitet.

Wenn wir fortführen, uns völlig mit Oesterreich-Ungarn und mit der Türkei zu identifizieren und alle anderen Großmächte zu brüskieren, so war der Weltkrieg früher oder später unvermeidlich.

Um England zu verstimmen, bauten wir eine völlig wirkungslose Flottenflotte; damit die Franzosen ja nicht einschließen und die Russen beneiden, beunruhigten wir sie gelegentlich durch Kriegsdrohungen und Säbelrasseln und suchten mit ihnen Streit in Marokko (obwohl Delcassé zu einem Entschensommen bereit war); um schließlich uns Rußland zu entfremden und es den Franzosen, Japanern und Engländern zu nähern, unterstützten wir Kustrumagaren und Osmanen und bemitleideten Rußland in der bosnischen und in der albanischen Frage.

Bismarcks Werk beruhte auf militärischen Erfolgen. Er befehlte das Soldatenkönigtum. Kriegerische Mißgeschicke mündeten dieses System vernichten, der von ihm bekämpften Demokratie zum Siege verhelfen.

Ueber Bündnisse nach Kriege brauchen wir, sondern Porträts, die uns und andere vor Angriffen schützen.

Wir haben die russisch-französische Allianz gemacht, ebenso auch die russisch-japanische und russisch-englische Verständigung durch Verarmung aller Beteiligten.

Die Entente war unser Werk, eine auf gegenseitige Versicherung gegen Kriegszustand beruhende Genossenschaft.

Niemand wollte uns betrogen, nur erregten wir überall das gleiche Mißtrauen.

Wir konnten längst zur einseitigen Dienstleistung für alle und zu Rüstungsbeschränkungen übergehen wenn wir mit Rußland aufstanden und der Politik der „sanfteren Faust“ und der „schimmernden Bohre“ entsagten.

Nicht ob man das serbische Ultimatum erkannt hat, ist die entscheidende Frage, sondern ob man gewußt und gewillt hat, daß es auf Wahrung berechnet war!

Die Ursachen der Katastrophe waren: staatsmännische Unsicherheit, die Autokratie, der Militarismus als Staat im Staate, die Verherrlichung des Krieges seit Bismarck und die Allianz mit Oesterreich. Man könnte auch noch hinzufügen: Herr von Hofstein.

England hätte uns weder jemals angegriffen noch einen feindlichen Überfall unterstützt. Es brach uns als Gegengewicht gegen Rußland und Frankreich. Niemals aber hätte es eine Niederlage Frankreichs zugelassen.

Der neue Weltbund wird ein Staatenbund sein, eine internationale Organisation mit Abwägungsmaßnahmen gegen den einzelnen. In jeder Gesellschaft gibt es einen Vorherrscher, eine Bestimmung. Sie wird den Analo-Amerikanern ausfallen. Wir werden unter analo-amerikanische Aufsicht gestellt.

\* Oinos (griechisch) = Wein.

## Attentat auf den ehemaligen Staatspräsidenten von Mexiko.

### Die Bombe ohne Schaden anzurichten geplatzt.

Mexiko, 14. Nov. Als der ehemalige Staatspräsident Obregon sich in einem Kraftwagen nach der Stierkampfarena begab, wurde eine Bombe gegen ihn geschleudert. Die Scheibe des Windschirms wurde zertrümmert und die Glassplitter verletzten den Präsidenten an der Hand. Die Begleiter Obregons, die in einem zweiten Wagen folgten, gaben auf zwei Personen, die die Bombe geworfen haben sollen, Schüsse

ab und verwundeten sie. Eine dritte Person wurde verhaftet. Obregon blieb vollkommen gelassen, setzte seine Fahrt nach der Arena fort und wählte dem Stierkampf bis zu Ende bei. Als Präsident Calles, der ebenfalls in der Arena anwesend war, von dem Zwischenfall erfuhr, sprach er Obregon seine Glückwünsche aus.

## Der Reichskanzler und Stresemann in Wien.

Berlin, 13. Nov. Reichskanzler Dr. Marx hat sich heute abend 18.48 Uhr in Begleitung von Staatssekretär Dr. Pänder und Reichspressechef, Ministerialdirektor Dr. Zehlin nach Wien begeben. Der Minister des Auswärtigen Dr. Stresemann wird mit den Herren seiner Begleitung in Leipzig den Zug bestiegen.

Wien, 14. Nov. Heute vormittag sind Reichskanzler Dr. Marx und Reichsaußenminister Dr. Stresemann mit Begleitung mit dem Zug um 9.45 Uhr auf dem Westbahnhof eingetroffen. Zur Begrüßung hatten sich der Bundeskanzler Dr. Seipel, Vizepräsident und Bundeskanzler a. D. Schöber und andere Herren eingefunden. Beim Bestiegen der Automobile wurden die deutschen Minister von dem versammelten zahlreichen Publikum mit Hochrufen begrüßt.

Reichskanzler Dr. Marx und Reichsminister Dr. Stresemann traten alsbald nach ihrer Ankunft dem Bundeskanzler Dr. Seipel einen Besuch ab. Die Herren hielten in einer längeren Aussprache beisammen. Die Aussprache wird nachmittags fortgesetzt. Mittags empfing Bundespräsident Hainisch Reichskanzler Dr. Marx und Dr. Stresemann, mit denen er in längerer freundschaftlicher Aussprache verweilte. An den Empfang schloß sich ein vom Bundespräsidenten zu Ehren des Reichskanzlers Dr. Marx und des Reichsministers Dr. Stresemann gegebenes Frühstück.

## Die Wahlen zur Angestelltenversicherung.

Berlin, 13. Nov. Unter starker Beteiligung wurde heute in Berlin zur Angestelltenversicherung gewählt. Gegenüber 1922, wo nur 53 000 Stimmen abgegeben wurden, zählte man heute 138 985 Stimmen. Diese ganz unerwartet starke Wahlbeteiligung hat vielfach zu großen technischen Schwierigkeiten geführt; u. a. stellte sich vielfach heraus, daß die bis 3 Uhr befristete Wahlzeit nicht ausreichte oder die Wahlumschläge nicht zureichten, so daß viele Wähler unter Protest die Wahlstätte verließen, da sie unangefertigt blieben. Die Auszählung der auf 13 Wahlzettel verteilten Stimmen findet erst in den nächsten Tagen statt. Wie in Berlin, war auch im übrigen Reich die Wahlbeteiligung stark, so wurden in München 17 000 Wähler gegenüber 9800 bei der letzten Wahl gezählt, in Hamburg, wo auch noch morgen gewählt wird, wurden heute schon 27 800 Stimmen gegen 11 400 bei der vorigen Wahl abgegeben, in Guben wurden 1164, in Rottboms 1884 Stimmen abgegeben. Wie ein Montagblatt meldet, weist das Berliner Hauptwahlamt darauf hin, daß die Beteiligung an der Wahl vorher nicht zu übersehen gewesen wäre. Sollten in einzelnen Bezirken Proteste gegen die Gültigkeit der Wahl erhoben werden, die sich auf die Tatsache berufen, daß wegen mangelnder Wahlumschläge ein Teil der Wähler nicht mehr zur Wahl zugelassen werden konnte, so seien diese Proteste berechtigt.

## Die sozialdemokratische Wahlparole.

Berlin, 13. Nov. Im „Vorwärts“ schließt Reichstagsabgeordneter Breitscheid die sozialdemokratische Werbewoche mit einem wahlprogrammatischen Leitartikel. Die Sozialdemokratie strebe nach der Macht im Staate, wolle sie aber auf dem Wege der Demokratie erreichen. Da man selbst in den Reihen der Koalition nur noch mit wenigen Monaten Weiterregierung für diese Regierung und diesen Reichstag rechne, sei die nächste große Aufgabe die Erneuerung des Parlaments. Die Sozialdemokratie, deren selbstverständliche Parole der Sozialismus ist, wolle die republikanische Staatsform verteidigen sowohl gegen Angriffe von bewaffneter Hand wie auch gegen die systematischen Unterhöhlungen, die die Rechte betreffen. Aus dem innerpolitischen Teil des sozialdemokratischen Programmes, das die bekannten sozialpolitischen Forderungen umfaßt, hebt Breitscheid hervor, daß das nächste Ziel des Sozialismus die Einheitsrepublik sei. Was die auswärtige Politik anlangt, so sei die Partei im großen und ganzen mit den Bemühungen der gegenwärtigen Regierung einverstanden. Hier aber gelte es, die Hemmnisse zu überwinden, die bis jetzt die Anwesenheit der Deutschnationalen im Kabinett bereitet hätten.

## Kleine Meldungen.

München, 13. Nov. In Bayern wurde heute der Volkstrauertag zum Gedächtnis der im Weltkriege Gefallenen begangen.

Stuttgart, 13. Nov. Heute fand hier aus Anlaß der Hauptversammlung der Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaft eine Rundgebung statt, bei der hervorragende Redner mitwirkten.

Bombay, 14. Nov. Auf den Gouverneur von Bombay wurde ein Anschlag entworfen; weitere sollen geplant sein.

## Flugzeug D 1220 nicht mehr verwendungsfähig.

### Mißglückter Start des Heinkel-Flugzeuges D 1220.

Horta, 13. Nov. Das Heinkel-Flugzeug D 1220 ist heute früh 5.30 Uhr mitteleuropäischer Zeit gestartet. Es überflog sich, mußte wieder eingeschleppt und im Hafen an der Boje festgemacht werden. Die Besatzung ist unverletzt.

Berlin, 14. Nov. Wie von den Heinkel-Flugzeugwerken mitgeteilt wird, sind die Beschädigungen des verunglückten Flugzeuges D 1220 so schwer, daß damit gerechnet werden muß, daß das Flugzeug nicht mehr verwendungsfähig ist.

## Englische Ehrung deutscher Kriegsgefallener.

London, 13. Nov. An den Gräbern der deutschen Soldaten auf dem Lodge-Hill-Friedhof in Bromingham wurde heute von einer Kriegswalze ein Kranz niedergelegt, dessen Schleife die Widmung trägt „Von früheren Feinden und englischen Kindern“. Eine Kundgebung und Kriegsteilnehmerprozession bewegte sich zum Friedhof, um dort an den Soldatengräbern Kränze niederzulegen.

## Emirnoff seines Amtes enthoben.

Moskau, 13. Nov. Wie „Iswestija“ meldet, hat das Präsidium des Zentralerziehungsausschusses beschlossen, den Volkskommissar für das Post- und Telegraphenwesen, Emirnoff, seines Amtes zu entheben. Mit der Leitung des Volkskommissariats wurde vorläufig Jurbowitsch beauftragt.

## Der Rote Banner-Orden für Klara Zetkin und Max Hötz.

Moskau, 13. Nov. Durch einen Befehl des Revolutionären Kriegsrates ist Klara Zetkin, Max Hötz, Andre Marty, Jacques Sadoul, Wela Khun, Changkuotao und Stanislaus Banzuki der Rote Bannerorden verliehen worden.

## Unfall eines französischen Deckoffiziers.

Koblenz, 14. Nov. In der Nacht zum Sonntag tat der Führer der Interalliierten Rheinschiffahrtskommission des beschlagnahmten Dampfers Rheinstrom von der französischen Rheinmarine, als er sich an Deck des am Kaiserdenkmal liegenden Dampfers bewegte, einen Fehltritt und ertrank.

## Wieder ein schadhafter italienischer Dampfer.

Rom, 13. Nov. „Messaggero“ meldet aus Genua, daß der große Passagierdampfer „Duilio“ der Navigazione Generale, der gestern nach New York in See stechen sollte, vom Hafenkommandanten den Befehl erhielt, die Ausreise aufzugeben und in See zu gehen, weil die mit der Untersuchung des Schiffes beauftragte Kommission einen Schaden festgestellt hatte. Die Passagiere, die schon mit ihrem Gepäck auf die Einschiffung warteten, mußten in ihre Hotels zurückkehren.

## Eröffnung des unterirdischen Verkehrstunnels Newyork-Newjersey.

Newyork, 12. Nov. Der Verkehrstunnel, der unter dem Hudson-Fluß hindurch Newyork mit Newjersey verbindet, wurde heute unter großen Feierlichkeiten mit militärischen und anderen Paraden eröffnet.

## Die sächsische Ärzteschaft gegen die Regierung.

Das Reichsministerium des Innern hat zur Ausführung des neuen Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten bekanntlich eine Reichszählung der Geschlechtskranken in Deutschland angeordnet. Die gesamte sächsische Ärzteschaft hat beschlossen, diese auf freihöflicher Mehrarbeit beruhende Forderung des Reichsministeriums solange abzulehnen, bis die sächsische Regierung sich zur Aufhebung des noch bestehenden Abgabenzwanges von der ärztlichen Gebührenordnung bereitfindet, die im übrigen Deutschland (in Preußen bereits seit dem 1. Januar 1927) schon längst aufgehoben ist und lediglich der sächsischen Ärzteschaft zur Zeit noch aufgebunden ist.

Wie hierzu von anderer Seite verlautet, hat das Reichsministerium des Innern, das auf die Reichszählung natürlich den größten Wert legt, bei der sächsischen Regierung Vorstellungen erhoben mit dem Ersuchen, zu der Forderung der sächsischen Ärzte auf Aufhebung des Gebührenabgabenzwanges erneut Stellung zu nehmen. Die sächsische Regierung hat sich entschlossen, dem Wunsche Rechnung zu tragen und auf dem 14. November eine Sitzung des Gesamtministeriums einberufen, die sich erneut mit dieser Frage beschäftigen wird. Im Interesse des allgemeinen Wohles ist zu erwarten, daß auch die sächsischen Ärzte durch Erfüllung ihres Wunsches in die Lage versetzt werden, sich an der Reichszählung zu beteiligen.